

Nina Warken MdB

Newsletter

Zuhören. Anpacken. Umsetzen.

CDU

Nr. 1/2022

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

wenngleich sich der erste Monat des Jahres 2022 nun schon wieder dem Ende zuneigt, möchte ich Ihnen und Ihren Familien auch auf diesem Wege von Herzen alles Gute, Glück und Zufriedenheit wünschen!

Das Jahr ist mit einem erfolgreichen CDU-Parteitag gestartet. Ich gratuliere dem neuen Vorsitzenden Friedrich Merz herzlich zu seiner Wahl und wünsche ihm viel Erfolg und Weitsicht für diese bedeutende Aufgabe. Baden-Württemberg ist wieder stark in der Parteispitze vertreten: Mit Andreas Jung wurde ein engagierter und sehr kompetenter Vertreter unserer Heimat zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Mit seinen Kernthemen Nachhaltigkeit und Klimaschutz besetzt er wichtige Felder, die für die zukünftige Fahrtrichtung der CDU weiter von großer Bedeutung sein werden.

Gestern hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus erklärt, nicht erneut für das Amt zu kandidieren. Diese Entscheidung hat meinen großen Respekt. Er stellt damit die Geschlossenheit unserer Fraktion vorn an, sodass aller Voraussicht nach künftig Partei- und Fraktionsvorsitz in einer Hand liegen werden. Ich danke Ralph Brinkhaus für die gute und wirklich konstruktive Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

Die
Nina Warken

Transatlantischer Schulterschluss mit der Ukraine

Die Nachrichten von der ukrainisch-russischen Grenze beunruhigen mich tief. Daher begrüße ich ebenso wie unsere CDU/CSU-Bundestagsfraktion die intensiven Bemühungen der US-Administration und der NATO für eine starke gemeinsame Antwort auf Russlands aggressives Verhalten. Für uns ist klar, dass die territoriale Integrität der Ukraine nicht verhandelbar ist. Für die Uneinigkeit und das Zögern der Ampelkoalition etwa bei Unterstützungsleistungen für die Ukraine habe ich kein Verständnis. Mal wieder ist die SPD in der Frage des Verhältnisses zu Moskau gespalten und das erweist sich jetzt als Problem. Deutschland sollte im transatlantischen Schulterschluss eine tragende Rolle in der NATO anstreben und seinen Worten auch Taten folgen lassen. Wir dürfen die Ukraine jetzt nicht allein lassen!

Pandemiebekämpfung: Ampel muss endlich handeln



Ziemlich genau zwei Jahre leben wir jetzt mit der Pandemie. Mit harten Einschränkungen der Freiheitsrechte wird den Bürgerinnen und Bürgern, den Vereinen, den Unternehmen und den Verwaltungen im Sinne des Schutzes der Gesundheit bis heute viel zugemutet. Zwar hat Omikron die Lage derzeit etwas verändert, aber das bedeutet nicht, dass die Pandemie vorbei ist! Doch die Ampelkoalition lässt sich weiter durch Unentschlossenheit treiben, wie die Debatte auch diese Woche gezeigt hat. Es ist höchste Zeit,

dass sie ein Gesetz vorlegt, das regelt, wann eine Impfpflicht eingeführt werden soll, für wen sie gilt, welche Pflichtimpfungen darunter gefasst werden und wie Verstöße geahndet werden. Außerdem gilt es, für eine Möglichkeit zu sorgen, die Impfungen anhand eines Impfreisters nachvollziehen zu können. Wenn die Regierung all das nicht will, dann soll sie einen tragfähigen Vorschlag machen, wie sie sonst die Impfquote erhöhen und die Überlastung des Gesundheitswesens vermeiden will. Wir als Union stehen als konstruktive Opposition unterstützend bereit. Die Verantwortung für die Pandemiebekämpfung liegt jetzt aber bei der links-gelben Koalition.

[Das Video meiner Rede vom 26. Januar finden Sie hier.](#)

Wöchentliche Telefonprechstunde

Jeden Mittwoch
von 11 - 12 Uhr
unter 0 93 41 - 858 91 91

Ich freue mich
auf Sie!

Den vernünftigen Weg bei Migration und Integration auch künftig nicht verlassen



Die unionsgeführte Bundesregierung der letzten Jahre hat gute Mechanismen für eine strukturierte Migration und Integration erarbeitet. Im Sommer 2019 haben wir hierzu das Migrationspaket verabschiedet. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz können gut ausgebildete und dringend benötigte Arbeitskräfte leichter zu uns ins Land kommen. Gleichzeitig wurden Maßnahmen zur Bekämpfung illegaler Migration und eine konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht beschlossen. Auch das gehört in die Verantwortung der Migrationspolitik. Die Bundesregierung sollte diesen vernünftigen Weg nicht aus falschen, parteipolitischen Gründen verlassen. Doch stattdessen schafft sie Pull-Faktoren, die Deutschland zu einem attraktiven Ziel für illegale Migration machen. Das ist ein bedenkliches Signal, wenn wir eine Überlastung unserer Sozialsysteme verhindern und die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft bewahren wollen.

Zudem widmet der Koalitionsvertrag die Integrationspolitik an vielen Stellen zur Antirassismus- und Antidiskriminierungspolitik um. Das ist schwierig und nicht zielführend. Nicht jeder, der Migration und Integration kritisch betrachtet oder sie in geordnete Bahnen lenken will, ist ein Rassist. Und nicht jede fehlgeschlagene Integration ist die Folge von Diskriminierung.

[Das Video meiner Rede vom 13. Januar finden Sie her.](#)

Nachtragshaushalt der Ampelkoalition ist nicht verfassungsgemäß



Die Ampelkoalition setzt Deutschlands haushaltspolitische Glaubwürdigkeit leichtfertig aufs Spiel. Diese Woche hat sie einen Nachtragshaushalt verabschiedet, der mit zweckgebundenen Kreditermächtigungen aus der Coronapandemie teure Versprechen finanzieren soll. Solide, seriös und nachhaltig sieht anders aus. Viele Gespräche mit Verfassungsrechtlern haben uns in der Ansicht gestärkt: Dieser Nachtragshaushalt ist nicht verfassungsgemäß. Deshalb werden wir uns im Rahmen einer abstrakten Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht für unsere haushaltspolitischen Überzeugungen einsetzen, damit auch künftige Generationen finanzielle Spielräume haben.

CDU/CSU-Antrag zur Stärkung der Vermarktung regionaler Lebensmittel



In dieser Woche haben wir als CDU/CSU den „Antrag zur Stärkung der Vermarktung regionaler Lebensmittel – Agrarexporte ausbauen“ ins Plenum eingebracht. Wir halten es für wichtig, eine nationale Agrar-Marketingagentur zu schaffen, die regionale Agenturen in Deutschland unterstützen und dazu beitragen soll, den Absatz von regionalen Agrarprodukten zu steigern. Der Bund soll gemeinsam mit den Bundesländern, Vertretern der Agrar- und Ernährungswirtschaft und weiteren relevanten Verbänden gezielt Marktzugangsprogramme insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen entwickeln. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, gegenüber der Europäischen Union einzufordern, dass der Abschluss von Handelsabkommen nicht zu Wettbewerbsnachteilen für die Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland führt, indem beispielsweise die hohen europäischen und nationalen Standards unterlaufen werden.



Förderprogramm für Projekte und Vereine im Ländlichen Raum

Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) stärkt und fördert das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland. Auch in diesem Jahr wird aus Mitteln des Bundes das Programm ZukunftsmUT unterstützt. Es fördert Projekte und Vereine besonders im Ländlichen Raum, die innovative Bildungs-, Gesundheits-, Lern- und Freizeitangebote anbieten. Mitte Februar 2022 beginnt die neue Förderphase. [Mehr Informationen gibt es auf der Webseite des DSEE.](#)

KfW-Programm über Nacht gestoppt: Bundesregierung hat mangelnden Respekt vor Eigentumsbildung



Die Bundesregierung hat mit sofortiger Wirkung das Förderprogramm für effiziente Gebäude der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gestoppt. Unzählige Antragsteller, Mittelständler, Familien und Einzelpersonen stehen bei ihren Bauvorhaben nun vor unlösbaren Finanzierungsproblemen. Der Bundeswirtschaftsminister hat damit massiv Vertrauen zerstört. Das werden wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht hinnehmen! Unser Anliegen war es seit jeher, Menschen bei der Bildung von Eigentum zu unterstützen. Das eigene Zuhause ist nicht nur ein Rückzugsort, sondern auch eine Investition fürs Alter. Dafür setzen wir uns auch weiter ein und werden dem Vorgehen der Ampelkoalition im parlamentarischen Verfahren mit aller Kraft entgegenwirken. Diese Entscheidung muss sofort rückgängig gemacht werden oder umgehend Alternativen aufgezeigt werden.

CDU/CSU-Antrag: G7-Präsidentschaft nutzen und Führung zeigen

Deutschland hat seit Jahresbeginn die G7-Präsidentschaft inne. Die Erwartungen an unser Land, sich aktiv und umfassend diplomatisch, humanitär, entwicklungspolitisch und militärisch zu engagieren, sind hoch. Mit einem in dieser Woche ins Plenum eingebrachten Antrag richten wir als CDU/CSU mehrere notwendige Forderungen an die neue Bundesregierung: Die Präsidentschaft muss genutzt werden, um die G7 als Zusammenschluss demokratischer Staaten gegenüber den Anfeindungen und Angriffen autoritärer Staaten und Ideologien zu stärken. Wir erwarten von der Ampel, dass sie die G7 als Kern einer weltweiten „Allianz der Demokratien“ ausbaut und in diesem Sinne an die erfolgreiche G7-Präsidentschaft des Vereinigten Königreichs anknüpft.

#SocialMedia vom 27. Januar



nina.warken #WeRemember

Heute vor 77 Jahren wurde das Vernichtungslager #Auschwitz befreit.

Mit dem jährlichen Holocaust-Gedenktag erinnern wir an die sechs Millionen jüdischen Opfer des #Nationalsozialismus.

Die #Zeitzeugen, die die Erinnerung an diese dunkelsten Jahre deutscher Geschichte lebendig und mitten unter uns halten, werden immer weniger.

Darum ist es an uns, den nachfolgenden Generationen, die #Erinnerungskultur zu bewahren.

Dabei kommt auch dem #Bundestag die große Bedeutung zu, mit einer wachsamem und einfühlsamen #Geschichtspolitik die Erinnerung an diese historische Schuld im nationalen Bewusstsein aufrechtzuerhalten.

Anlässlich des heutigen Holocaust-Gedenktages wehen die Flaggen des Bundestages auf Halbmast



Bei Instagram, Facebook oder Twitter finden Sie mich hier:



[instagram.com/nina.warken](https://www.instagram.com/nina.warken)



[facebook.com/warkennina](https://www.facebook.com/warkennina)



twitter.com/ninawarken

Telefon: 030/227 78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: nina-warken.de

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Erstellung: Katharina Böcker, Layout: Pierre Kneifl, Texte: Nina Warken/Team Warken.

Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titelfoto Nina Warken, S. 1), CDU/CSU-Bundestagsfraktion (Nachtragshaushalt, S. 2), Tobias Koch (KfW-Förderprogramm, S. 3), Team Warken (weitere Fotos).